

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., G. Str. Brunnhaus 17
Telephon: 6812. Erscheinungstage täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreis) im Rea.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“.

Verlag: G. Schönbauer, Halle G. Str. Mühlstr. 27
Telephon: 5407. Vertriebsstelle: Leipzig G. Str. 87573

Nr. 53

Wochensatzpreis: Durch Zusteller monatlich 6,00 Mk., einschließlich Zust. erhalt. Für Abnehmer 5,50 Mk. Durch Postweg im 24. u. 25. Jahrgang 18.-; monatlich 6,00 Mk. einschließlich Postgebühren.

Halle, Freitag, den 4. März 1921

5. Jahrgang. Preis 2,50 Mk. Schluss der Abrechnung für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr

Das neue Ultimatum.

Lloyd George antwortet im Namen der Alliierten — Der Frankfurter Friede nach dem Kriege von 1870 und 71 als Vorbild Die Zerstörungen im Kampfgebiet sind Deutschlands Schulden — Die deutsche Antwort erfolgt am Montag.

London, 3. März. (W.B.). Die Rede Lloyd Georges in der heutigen Sitzung der Konferenz hat folgenden Wortlaut:

Herr Dr. Simons und meine Herren!

Meine Kollegen von der britischen und den alliierten Regierungen haben mich ermahnt, in ihrem Namen mich zu der Rede, die Herr Dr. Simons am Dienstag gehalten hat, und zu dem Schriftstück, das er anschließend überreichte, zu äußern. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß die von Herrn Dr. Simons im Namen der deutschen Regierung gemachten Darlegungen

eine ausgeprobenere Herausforderung gegenüber den grundlegenden Bedingungen des Pariser Friedensvertrages darstellen

und daß sie dementsprechend behandelt werden müssen. Die Pariser Vor schläge brachten, der Linie von Boulogne und Brüssel folgend, eine wesentliche Erleichterung der Gesamtvorgaben des Vertrages, sowohl hinsichtlich der Entwaffnung als auch der Reparation. Diese Vor schläge waren in nächst möglichem Maße gemacht worden, um eine freundschaftliche Regelung mit Deutschland herbeizuführen. Die Gegen vor schläge hatten des Vertrages. Die Alliierten kommen zu diesem Schluß nicht nur aus dem Charakter der Gegen vor schläge, sondern auch

auf Grund ihrer Kenntnisnahme der Reden, die Herr Dr. Simons in Deutschland auf die Pariser Vor schläge hin gehalten hat,

und der Unterstützung, die seinen Reden in der deutschen Presse und im Reichstag zuteil geworden ist. Eine der ersten Hoffnungen, die er machte, war in einer, wenn ich mich recht entsinne, in Stuttgart gehaltenen Rede enthalten, wo er die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg juristisch. Diese Jurisdiktion fand in ganz Deutschland Beifall und kann daher als Kennzeichnung der wahren Haltung Deutschlands gegenüber dem Friedensvertrag angesehen werden. Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg grundlegend. Es ist die Basis, auf der das Gebäude des Friedens errichtet worden ist, und wenn diese Anerkennung verweigert oder aufgegeben wird, ist der Vertrag hinfällig.

Die Alliierten fühlen daher, daß sie die Tatsache in Rechnung ziehen müssen, daß die deutsche Regierung mit offener Unterdrückung der deutschen öffentlichen Meinung die eigentliche Grundlage des Vertrages von Versailles anfechtet. Vor schläge, wie die durch Dr. Simons gemachten, sind einfach die notwendige Folgerung aus dieser neuen Haltung. Wenn Deutschland in dieser Gemütsverfassung an seine Verpflichtungen herangeht, sind solche Vor schläge unvermeidlich. Wir würden deshalb ein für allemal es ganz klar auszusprechen, daß die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg als causa iure behandelt wird. Der Vertrag von Frankfurt im Jahre 1871 wurde auf die Ansicht gegründet, daß Frankreich im Unrecht war. Infolgedessen verlangte Deutschland nicht nur Reparationen, sondern Zahlung der gesamten Kriegskosten durch Frankreich. Deutschland würde niemals Frankreich dieses Unrechts angedeihen, und wir müssen darauf bestehen, daß das Urteil des jetzt vergangenen Krieges, das sich auf die erklärte Zustimmung fast der gesamten zivilisierten Welt stützen könnte, respektiert wird.

Da Deutschland diese Lage der Dinge annimmt und darin einwilligt, seine Verpflichtungen entsprechend abzuändern, wird diese Konferenz vergeblich sein.

Eine genaue Prüfung der in Deutschland gehaltenen Reden und der in der deutschen Presse erscheinenden Artikel hat mich wider Willen, sehr wider Willen zu dem Schluß gezwungen, daß Deutschland nicht im geringsten den wahren Charakter der an es gerichteten Forderung erfaßt. Ich vermute dies sehr genau. Die deutsche Bevölkerung steht unter dem Eindruck, daß jetzt Forderungen eine untragbare Bedrückung darstellen und bestimmt sind, ihr großes Land zu zerstören und ihr großes Volk zu verfluchen. Lassen Sie mich von vornherein sagen,

daß wir ein freies, ein zufriedenes und gehobenes Deutschland als wesentlich für die Zivilisation ansehen

und daß wir ein unzufriedenes und verflantes Deutschland für eine Bedrohung und eine Last für die europäische Zivilisation ansehen. Wir haben nicht den Wunsch, Deutschland zu verfluchen, wir haben nicht den Wunsch, dem

deutschen Volke eine Knechtschaft aufzuerlegen. Wir wollen einfach, daß Deutschland seine Verpflichtungen einleide, die es zur Reparation von Schäden auf sich genommen hat, die durch einen Krieg verursacht sind, für dessen Herausforderung keine kaiserliche Regierung verantwortlich war.

Im Frankfurter Vertrag legte Deutschland den Grundbaustein und handelte danach, daß die Forderung, die für die Herausforderung zu einem Krieg verantwortlich war, die Kosten des Krieges bezahlen müsse. Wir verlangen nicht die Kosten des Krieges, nicht einen Großteil, wir gehen nicht so weit, wie der Grundbaustein des Frankfurter Vertrages. Die Kriegskosten der alliierten Länder insgesamt sind so ungeheuer, daß es ganz unmöglich sein würde, von irgendeinem Lande, irgendeinem einzelnen Lande ihrer Tragung zu verlangen. Das vergegenwärtigen wir uns in der Tat. Das müssen wir uns stets vergegenwärtigen. Wir alle stehen unter einer Last von Steuern zur Bezahlung der Schulden, die wir eingegangen sind, um uns in diesem Kriege zu verteidigen. Diese sämtlich e in dem Lande aufzubringen, darüber sind wir uns völlig klar, würde ein unmöglicher Vorgang sein. Wir haben daher mit Bedacht im Frankfurter Vertrag von Deutschland nicht verlangt, ein e in z i g l e i c h e Papiermarkt für die Kosten zu zahlen, die die alliierten Länder bei ihrer Bewehrung in diesem Kriege auf sich genommen haben. Was haben wir denn dann von Deutschland verlangt? Ich meine, es ist wichtig, daß die deutsche Öffentlichkeit burdaus den Charakter unserer Forderungen versteht, denn ich bin sicher, daß sie sie nicht richtig einschätzt.

Um weiten Verlauf seiner Rede begründete Lloyd George die schweren Forderungen mit den Verwüstungen, die der Krieg in Frankreich angerichtet hat. Er nannte folgende Zahlen: Die Bergwerke in Nordfrankreich sind zerstört worden und man wird 10 Jahre oder mehr brauchen, sie wiederherzustellen. Alle Fabriken der Metallindustrie, der elektrischen und der Maschinenindustrie, sind völlig vernichtet. 4000 Textilfabriken, 4000 Nahrungsmittelfabriken sind zerstört oder ihrer Einrichtung beraubt worden, die entweder nach Deutschland verbracht oder an Ort und Stelle zerstört worden sind. 1650 Gemeinden und Flecken sind völlig zerstört worden. 707 Flecken sind zu drei Vierteln zerstört, von 1856 Gemeinden sind mindestens 50 Prozent zerstört. 319 269 Häuser sind völlig und 318 675 Häuser teilweise zerstört. Das macht 630 000 Häuser entweder völlig oder teilweise zerstört. 20 063 Fabriken sind zerstört. 8000 Kilometer Eisenbahn, 5000 Brücken, 520 000 Kilometer Straßen, 3 800 000 Hektar Land sind in ihrem früheren Zustand wiederhergestellt werden. Wenn 1 740 000 Hektar bebaut werden, die Verringerung der gesamten Kohlenförderung Frankreichs beträgt 50 Prozent, nämlich 21 Millionen Tonnen statt 42 Millionen. Diese Ziffern geben alle das Minimum an.

Die angebotenen Zwangsmaßnahmen.

1. Befreiung von Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf durch die alliierten Truppen.
2. Erhebung von Abgaben auf den Verkaufspreis der deutschen Waren in den alliierten Ländern in einer Höhe, die jedes einzelne Land nach seinem Belieben bestimmen kann.
3. Errichtung einer Zollzone am Rhein unter der Aufsicht der Alliierten.

Lloyd George schloß seine Rede mit der Frage, ob Dr. Simons gleich eine Antwort geben wolle oder eine neue Sitzung heute nachmittags vorziehe.

Reichsminister Dr. Simons entgegnete, die Rede des Herrn Lloyd George würde mit der Sorgfalt geprüft werden, die ihrem Umfang und ihrer Bedeutung entspreche. Die Delegation werde die Antwort bis Montag mittag erstellen. Am übrigen legte Dr. Simons dagegen Verwendung ein, daß Herr Lloyd George die Absichten der deutschen Regierung unrichtig beurteilt und behauptete, daß für die von den Alliierten angebotenen Zwangsmaßnahmen nach Ansicht der deutschen Regierung keinerlei Anlaß vorliege.

Was nun?

Nach Stunden langer Ermahnung trafen gestern nachmittags die ersten aufmerksamen Nachfragen über die Antwort der Alliierten auf die deutschen Vor schläge ein. Man konnte daraus erkennen, daß sie vollständig den Erwartungen entsprach, die man

nach dem Verlauf der Eröffnungsitzung haben mußte. Die deutschen Gegen vor schläge werden abgelehnt und wieder wurde, wie schon bei der Konferenz, ein Ultimatum an die deutschen Vertreter gestellt. Bis Montag mittag sollen sie erklären, ob sie gewillt sind, die Grundlage der Pariser Beschlüsse anzuerkennen. Ermahnende Überredungen sollen nur über die Art der Zahlungen, etwa die Verminderung der Raten von 42 auf 30 Milliarden. An der Entnahme von 226 Milliarden, wollen die Alliierten nicht rütteln lassen und ebensowenig an der Erhebung der 12prozentigen Ausfuhrabgabe, gerade die aber fehlt in den deutschen Gegen vor schlägen. Jetzt taucht nur die Frage auf, was soll nun geschehen? An der Überzeugung, daß es dem deutschen Volke auch bei dem besten Willen nicht möglich ist, diese Forderungen zu erfüllen, sind sich alle Parteien in Deutschland einig. Aber in der Einschätzung der Schritte, die Deutschland daraufhin unternehmen soll, fließen die Ansichten weit auseinander. Während der nationale Mob nur schreien kann: „Festhalten! Festhalten!“ sagen wir: „Bei jeder Gelegenheit unseren guten Willen zeigen, mit allen nur möglichen Opfern die zerstörte Welt durch unsere Arbeit wieder ausbauen“. Das dieses nicht immer geschehen ist, daß man oft genug in blindem Rachegeiz geistig hat und daß man oft, wenn man wirklich keine Berechtigung zur Zahlung erklärte, nicht die richtigen Worte dafür fand, ist ohne Zweifel. Schon bei der Besprechung der Rede Simons am ersten Verhandlungstage, wußte der „Vorwärts“ darauf hin. Er schreibt: „Hier, wo es sich um die Erbringung des greifbaren Beweises des christlichen Wiederermahnungswillens des deutschen Volkes handelte, hätte die tatsächliche Rücksichtnahme auf die Spekulationen der Herren um Loucheur vor der Notwendigkeit zurücktreten müssen, die Seele der Lebenden, systematisch irrezugewöhnten Massen aufzurichten! Das deutsche Volk betrachtet es als seine erste und heilige Aufgabe: „Das deutsche Volk betrachtet es als seine erste und heilige Aufgabe die Ruinen des einstigen Kampfgebietes auf eigene Kosten, mit eigenen Mitteln und auf Wunsch, mit eigenen Anstrengungen zu sich wieder aufzubauen“. hätten ganz gewillt. Der Satz: „Deutschland erklärt ferner erneut seine Verantwortlichkeit, durch Arbeit bei dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuwirken“, mußte in dem übrigen tauben Inbald des amtlichen Gegen vor schläges verhallen, unbeachtet bleiben.“

Es redet viel wahres in diesen Worten, aber diese Erkenntnis nützt uns jetzt wenig. Die Absicht mit den deutschen Vor schlägen an die Stelle des Unmöglichsten das uns Mögliche zu setzen, ist gescheitert. In seiner absehbaren Antwort betrieß sich Lloyd George nicht auf Gutachten Sachverständiger, die die Durchführung der Beschlüsse als für Deutschland möglich nachsehen, sondern er verzichtete auf eine ähnliche Handlungsweise Deutschlands bei dem Abschluß des Frankfurter Friedens nach dem Kriege von 70 und 71. Bei der Besprechung der Rede Lloyd Georges erinnert der „Vorwärts“ an die Erklärung Hermann Müllers-Granten, die dieser am 2. Februar im Namen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion abgegeben hat und die lautet: „Eine deutsche Regierung, die bereit wäre, die Pariser Vor schläge für ausführbar zu erklären, wird sich nicht finden. Sie würde das Vertrauen weder des Inlandes noch des Auslandes verdienen, denn sie würde sich einer Unwahrsheit schuldig machen. Die Feststellung Lloyd Georges, daß Deutschland im Friedensvertrag keine Verantwortlichkeit für den Krieg anerkannt hat, bezeichnet der „Vorwärts“ als moralisch und geschichtlich wertlos, da dieses Geständnis der Alliierten mit dem Revolver erreicht wurde. Daran muß die deutsche Sozialdemokratie besonders beachtlich sein, weil in diesem schweren und ungleichen Kampfe des deutschen Volkes u mein Recht auf Leben nur moralische Kräfte in Betracht kommen können und kommen sollen.“

So wird denn vorausichtlich die Frist bis zum Montag verstreichen, ohne daß die Pariser Forderungen durch Deutschland unterdrichen werden; denn auch der Reichstag, der das letzte Wort darüber zu sprechen hat, wird kaum anders entscheiden. In diesem Falle werden dann die angebotenen Sanktionen in Kraft treten. Deutschland wird nicht mehr selbständig über die Bewältigung seiner Angelegenheiten und seiner Wirtschaft entscheiden können. Es steht in Zukunft in allen seinen bedeutungsvollen Entscheidungen unter Kontrolle der Entente, doch werden die Folgen davon andere sein als die Alliierten erwarten. Finanziell werden sie in diesem Falle weder die Pariser 226 Milliardenforderung noch auch die etwas geringere von Deutschland angebotene Entschädigung erhalten. Ein Volk von Elenden kann nichts leisten, es reißt nur seine Unrunder mit in den Abgrund.

Vorbereitung zur Blodade.

Paris, 4. März. Nach einer Meldung aus London sollen die Kreuzer „Paris“ und „Grance“ vom Marineministerium den Befehl erhalten haben, sich bereitzuhalten, um nach dem Nordsee abzugehen und mit einem englischen Geschwader an der Elbade von Hamburg teilzunehmen, wenn die Umstände es erfordern sollten.

Ein Mann, der auf diese Weise operiert, schließt sich selbst aus dem Kreis der vertrauenswürdigen Personen aus. Herr Geisler hat im Wahrspruch eine Hinterlistigkeit bewiesen, die jedem Republikaner und Demokrat den Vertrauen zu ihm nehmen muß. Sein laienhafter Kampf gegen das republikanische Mitglied der Reichswehr templet ihn zu einem Handlung, reaktionärer Interessen. Ob Herr Geisler das sein will, möge er mit seinem Gewissen ausmachen, aber er möge aufhören, sich Demokrat zu nennen. E. K.-r.

Die unabhängige Rückwandlung.

Der Zusammenbruch der Unabhängigen hat manchen Gelegenheiten gegeben, auf die äußere Geschichte der U.S.P. hinzuweisen, ihr rasches Wachstum und ihren katastrophalen Zusammenbruch. Aber nicht minder interessant ist eine Feststellung über den inneren Wandel der unabhängigen Partei. Die U.S.P. hat ein Alter von vier, höchstens fünf Jahren. Aber in diesen fünf Jahren hat die Partei mehrere Wandlungen durchgemacht, als man die andere innerhalb von fünfzig Jahren.

Als Geburtsstunde der U.S.P. kann man den herausragenden Aufruf von Soale, Bernheim und Kaustsch betrachten. Es geht von der letzten Entwicklung der Partei, daß von drei Unterzeichnern des Aufrufs der eine, Eduard Bernheim, längere wieder zur Partei zurückkehrte, und der zweite, Karl Kaustsch, sich der Sozialdemokratischen Partei soweit wieder angenähert hat, daß er ihr mitunter näher zu stehen scheint, als der U.S.P. Der dritte Unterzeichner, Hugo Soale, ist leider durch Widerstand gefallen: Wie er heute stehen würde, läßt sich nicht sagen.

Auf den Aufruf folgte dann im Jahre 1916 die Abspaltung der „Arbeitsgemeinschaft“ von der Reichstagsabteilung zu Beginn des Jahres 1917 die Gründung der unabhängigen Partei. Die Männer, die damals im Vordergrund der neuen Partei standen, außer den Genannten Bernheim, Ströbel, Dr. Cohn usw., dachten gar nicht daran, sich wegen eines programmatischen Gegenstandes von der Partei zu trennen. Auch von ihnen sind einige wie Ströbel, Kniepfe um, inzwischen wieder zur alten Partei zurückgekehrt. Selbst die Differenz in der Frage, ob man die Kriegstreiber bewilligen dürfe, war es, welche die Spaltung hervorrief. Dabei aber wirkte auch die Frage nicht prinzipiell, sondern nur faktisch trennend. Denn auch bei der U.S.P. war die Ansicht vorherrschend, daß die Stellung zu den Kriegstreibern von dem Charakter des Krieges abhängt. Beobachtungen wollte z. B. die Kreditbewilligung, wenn die Franzosen am Rhein und die Russen an der Oder ständen. Wenn die Unabhängigen gegen die Kreditbewilligung waren, so deshalb, weil für sie die Eroberungspläne der Alliierten das ausfallgebende Moment waren, während die Sozialdemokratie in erster Linie ihr Augenmerk auf die Gefahr richtete, die Deutschland vor der ungeheuren Übermacht der Gegner drohte.

Sebenfalls war aber am Tage des 9. November der ganze Streit um Bewilligung oder Nichtbewilligung der Kriegstreiber entquiert. Nichts was geliehen ist, sondern was geliehen ist, kann auf die Dauer zwischen Parteien trennend wirken. Anfangs schien es tatsächlich, als ob sich nunmehr eine rasche Wiedervereinigung der beiden Parteien möglich wäre. Aber nunmehr begann sich ein prinzipieller Gegensatz anzudeuten. Am Tage der Revolution waren die Unabhängigen zum allergrößten Teil noch wirtschaftliche Sozialdemokraten. Auch sie wollten zunächst die Demokratie verwirklichen. Die Einberufung einer Nationalversammlung, hervorgerufen aus dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht, wurde auch von den unabhängigen Volksauftragten gefordert. Nur über den Zeitpunkt herrschten Differenzen. Die Unabhängigen wollten sich vor der Wahl noch organisatorisch festlegen.

Mittlerweile begann aber die kommunistische Revolution im linken Flügel der U.S.P. wirksam zu werden. Ein immer größer werdender Teil forderte statt Verwirklichung der Demokratie die Diktatur des Proletariats. Die Führer suchten einen Ausweg, indem sie ein Nebeneinander von Nationalversammlung und Nationalrat vorschlugen, natürlich ein unmöglicher Gedanke, der zu einem erbitterten Kampfe zwischen beiden Parlamenten geführt hätte. Aber nachdem einmal der sichere Boden der Demokratie verlassen war, gab es bald kein Salten mehr.

Auf dem Leipziger Parteitag der U.S.P., der den Höhepunkt dieser Entwicklung bildete, wurde der Gedanke des Parlamentes und der Demokratie zugunsten des Reichstages völlig preisgegeben. Allerdings hätte ein möglicher Kopf leidet, daß es in Leipzig nicht weniger als drei- vier verschiedene Richtungen in der U.S.P. gegeben habe,

wobei aber erwähnenswert war, daß der äußerste rechte Flügel, die Anhänger der Demokratie umfassen, sich überhaupt nicht mehr hervorzuheben. Schließlich kam ein Kompromiß zustande: Die Diktatur wurde als Übergangszustand gebilligt, am noch der völligen Verwirklichung des Sozialismus dann später durch die „logische Demokratie“ abgelöst zu werden. Das letztere war allerdings nur Zukunftsmusik, die praktische Arbeit der Partei konnte sich nur auf das erste Ziel erstrecken.

Doch zeigte diese theoretische Einschränkung des Diktaturgedankens, daß einem Teil der U.S.P.-Anhänger doch von den letzten Konsequenzen des bolschewistischen Systems innerlich graute. Das waren die Leute, die wie Crille den Terror nicht prinzipiell verurteilten, aber ihn „in mäßigen Grenzen“ halten wollten. Sie überließen nur, daß es rationaler Terror nicht gibt, sondern der erste Schritt auf dieser Bahn alle weiteren Schritte unerschütterlich nach sich zieht.

Der in Leipzig verlesene Aufruf wurde offenbar, als die 21 Moskauer Punkte das klare und zurückhaltende Bekenntnis zur Diktatur und zum Terror zu ergründen suchten. Die Folge war, daß nur die wirtschaftlichen Diktaturanhänger die 21 Punkte annehmen konnten und sich von dem anderen Teil trennten, dem Teil, der den Moskauer Methoden mit inneren Vorbehalten gegenüberstand.

Aber die Massenwanderung dieser Elemente konnte für die theoretische Haltung der Partei nicht ohne Folgen sein. Ganz von selbst hat sich bei der Parteispaltung wieder eine innerer Widersprüche in der U.S.P. auf die Richtung der Demokratie zu angebahnt.

Wenn die U.S.P. heute in Sachen und Brauchschwierigkeiten Regierungspartei ist, wenn sie in Thüringen sogar eine Koalition mit bürgerlichen Demokraten eingegangen ist, so zeigt das, daß der radikal-eliminativste Teil der U.S.P. längst überflüssig ist, daß die U.S.P. sich immer mehr ihrem theoretischen Ausgangspunkt nähert. Die Rückentwicklung ist ebenso unbreitbar wie unaufhaltsam. Schon wieder sind es in der Hauptsache taktische, nicht prinzipielle Gesichtspunkte, die die Unabhängigen von den Sozialdemokraten trennen. Damit aber mehr und mehr dahin, daß ihre formale Selbstständigkeit sich die Unabhängigen im Begriff, ein linker Flügel der S.P.D. zu werden. Es wäre das geschickteste für sie, wenn sie die Kritik der inneren Verhältnisse in kürzester Zeit auch äußerlich zeigen würden.

Verantwortung.

Aus unserem Leserkreise erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Sozialdemokratie steht in Preußen vor schweren, weittragenden Entscheidungen. Wir haben leider unter dieser Woche die Mehrheit der Bevölkerung zu überzeugen, daß all in der Sozialdemokratie eine Volkspartei im wahren Sinne des Wortes ist, noch nicht erreicht. Dank der Verkündungen und Tugenden und der gewissenhaften Hingabe der Arbeiter und Dank der unglücklichen Spaltung der Arbeiterpartei. Die Hoffnung bleibt uns, daß auch die Kreise einmal zur Einheit kommen, daß auch auf dem Lande und in den Kleinstädten die hirnverbrannten Ansichten über die Sozialdemokratie durch rationale Agitation herbeigeführt werden.

Die Wahl ist vorüber. Noch einige Tage, und die Fraktion der Landtagsparteien treten zusammen — die Frage der Regierungsbildung wird nach dem hinter den Kulissen wahrscheinlich schon genug gelöst worden sein. Wie wird es werden?

Diese Frage bewegt Unfähige, die sich klar sind, was für uns ein Herumwerfen des preussischen Krutzes nach rechts bedeuten würde. Es sollen hier nicht die außenpolitischen Folgen einer solchen Kursänderung beleuchtet werden; weiß ich wir einmal bei dem Nachfolgenden, bei der innerpolitischen Bedeutung. Daß diese für alle Wiedereinheit u. a. insbesondere für die Arbeiter und Beamten von großer Tragweite sein würden, liegt für jeden politisch Einsichtigen auf der Hand. Und nicht nur etwa für den Sozialdemokraten. Treulich wird die Lage gekennzeichnet durch die Frage eines staatlichen Richters (und Landwirts), Volkspartei, die er uns Sozialdemokraten vorlegt; ob denn nun auch wirklich die Sozialdemokraten in der Regierung sitzen. Diese Frage zeigt, so recht, was selbst rechts a richtige Beamte — die es übrigens unerschütterlich unter den mittleren und unteren Beamten noch gibt — von einer Krisenregierung erwarten. Solchen Leuten sollte man antworten: Euch gibt es in allen Preußen noch keine wiederzugeben. Und ich gebe an, daß ihr all die Schäden schon wieder vergesst. Und ich gebe an, daß die Sozialdemokratie ganz selbstverständlich ist, daß die Sozialdemokratie

nicht unter allen Umständen in der Regierung zu sitzen bedürftig und sich nicht zum Spielball anderer Parteien machen lassen kann; daß sie verdammt wenig Ursache hat, auf eine Vermengung der politischen Kräfte und dem Reich hinzuwirken, daß ihr an einem Zusammenarbeiten mit der Deutschl. Volkspartei sehr wenig liegt — aber andererseits liegt auf der Partei eine ungeheure Verantwortung; sie kann nicht leichten Herzens das Schiff verlassen und es Steuerleuten überlassen, die schon bewiesen haben, daß sie zur Führung unfähig sind. Es steht für das Volk, und besonders für Arbeiter und Beamte, viel auf dem Spiele. Das sollte doch jedem klar sein, daß die Politik der Sozialdemokraten in den letzten Tagen kennt. Mit Feuerbuch haben sollte es in das Herz jedes Einzelnen eingebrannt sein, was diese Partei alles auf dem Gewissen hat. Wehe über uns, armen Preußen, wenn die Leute je weiter die Regierung in die Hände bekommen. Sollten alle Rechte und Freiheiten, die wir uns mühsam errungen haben und die wir doch weiter ausgebaut wissen wollen, wieder abgegeben werden? Sollen Arbeiter und Beamte wieder Krüche und Elenden werden? Sollen die „Herren“ wieder die Herrschaft schwänzen dürfen? Nein, und tausendmal nein!

Schwermütig sind die Entschlüsse, die unsere Landtagspartei zu fassen hat; aber so notwendig auch die Arbeit der Sozialdemokratie in der Regierung ist, ihre Grundlage wird sich darum nicht verlegen. Sie ist bereit zur Arbeit, aber sie wird nie die Hand dazu bieten, den Strukturen in Preußen nach rechts herum zu werfen. Wollen die andern auf dieser Grundlage nicht mit uns arbeiten, so sollen sie wissen, daß sie auch dann, ja erst recht dann mit der Sozialdemokratie zu rechnen haben.

Neuere Nachrichten und Telegramme.

Der Epischlergerplan laßt wieder auf. Berlin, 4. März. Angehts der Zustimmung, die in den Kreisen der Reichsblenden eingetreten ist, beschließen sich hier die führende Parteipolitiker in den letzten Tagen wieder sehr eifrig mit der Bildung der nationalen Einheitsfront aller Parteien und einer entsprechenden Erweiterung des Kabinetts. Welche Erweiterung diese Umstellung, selbst wenn sie gelingen sollte, uns in unserer außenpolitischen Situation bringen soll, ist nicht abzu sehen.

Berlin, 4. März. Der internationalistische Ausschuss der Regierungspartei des Reichstages tritt heute zusammen. Er wird sich angehts des Londoner Ultimatus naturgemäß mit der Erweiterung der Regierungskoalition zu beschäftigen haben.

Der andere Epischlerplan. Berlin, 4. März. Die „Aote Jahne“ veröffentlicht einen Aufruf der Zentrale der vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands (S.P.D.) in der kommunistischen Internationale an das deutsche Proletariat, in dem aus Anlaß des Londoner Ultimatus die deutsche Arbeiterklasse aufgefordert wird, die deutsche Regierung zu stützen, um der kommunistischen Regierung zum Siege zu verhelfen. Zum Schluß des Aufrufes heißt es: Demokratisiert Sonntag, rüht die Stimm an! Markiert auf gegen eure Verdächtige! Gegen das Doppelgesicht fremder und deutscher Ausbeuter! Für den kommunistischen Aufbau! Fort mit allen Bourgeoiseregierungen! Für die Herrschaft der Arbeiterklasse! Säug- und Zertrümmung mit Sowjetland! Wirtschaftsgemeinschaft mit Sowjetland!

Verantwortlich für Politik, Parteinarbeiten und Gewerkschaft des Reichstages: Aus dem Stadtkreis und Westfalen Wilhelm Gahrke, für Preußen und die übrigen reichstagsfähigen Teile, B. Hans Gahrke, für die Provinz Westfalen, für die Provinz Ostfalen, für die Provinz Schlesien, G. u. B. u. Halle, Dr. Ulrich 27.

Der heutigen Volksstimme
liegt die Nr. 2 der
Mitteilungen
der freien Gewerkschaften in
Halle und im Saalkreis bei.

Wir bitten die Leser, das Mitteilungsblatt nach dem Willen in den Betrieben und Gewerkschaftsstreifen zu lassen.
Die Herausgeber.

Herrenstiefel

Eleg. Gesellschaftsstiefel, echt R.-Chev., mit u. ohne Lack.

148.-

Feinstech. Rindbox - Herrenstiefel, echte Kappe Derby

158.-

Wirklich vornehm, echt Borkalk - Herrenstiefel, feinstes Leder, einarbeitend, Original-Rahmenarbeit

196.-

Noch ist es Zeit....



Schuhfabriken **JOCKEL** & Co. Burg b. M.

Verkaufsstelle Conrad Tack & Cie., G. m. b. H. Halle a. S., Schmeerstr. 1.

20% Rabatt auf Einzel-paare und Restposten

Reparaturen an Uhren
übernimmt bei jeder
Reparatur u. nötigen
Gehölz
Gottfr. Schraut,
Uhren- und
Schmiedewerkz.
nur Schmeierstr. 4.

**Schmierseife
Seifenpulver
Kernseife**
empfehlen für
Reinigung
F. W. Paul Richter
Markt a. d. S.
Magdeburgerstr. 11
Telefon 5797.

Sohlleder-Ausschnitt
empfehlen billigst
Paul Andersch,
Magdeburgerstr. 8.

Neue Fahrräder
n. aut. Verstellm. u. Preislauf
1000 Mk. sowie Mäntel und
Schlösser, Continental, Ce-
cilia, Polak und Polak-
Schlösser in bill. Preisen.
Conrad Wurmstich, Fahr-
radhandl., Meiseburgerstr. 103.

**Feldgrade
Militär-Tuchblusen**
wieder eingetroffen
zu den besten
billigen Preisen.
Lerner

dunkle Tuchwesten
a. Stck. 25.- Mk.
Empf. u. Verkaufshaus,
Schülerhof 22,
direkt am Markt.

J. RAUTENBERG

Untere Leipzigerstrasse 87 gegenüber Leipziger-Turm

Modernes Spezialhaus für

Herren-Ausstattung

Herren-Hüte
bewährte Qualitäten, kleidsame
Formen in bestem Wollfilz 58⁵⁰
Feinster Wiener Haarhut „Weltmarke
Hüchel“, neueste breite For-
men 115⁰⁰

Oberhemden
glatt u. gemustert, mit weicher
Manschette und pass. Kragen 82⁵⁰
aus feinstem Zephir, stulle
und weiche Manschetten u. pass.
Kragen 133⁰⁰

Krawatten
Binder, volle Form, neueste
Streifen und forms gemustert 18⁵⁰
Binder „Marke Rotsiegel“, edelste,
reine Seide, diskreter vornehm.
Geschmack 75⁰⁰

Dauerwäsche, Taschentücher, Ziertücher

Handschuhe
halbschwere, dauerhafte Quali-
tät in verschied. modernen Farben 10²⁵
Nappa-Leder-Handschuh „Marke
Union“, Garantie Qualität, beste
Passform 85⁰⁰

Leinen-Kragen
flach, in verschied. modernen 12⁵⁰
Formen
Weiche Kragen in Rip, Plqué und
Nahd. 5²⁵
10.00 5

Unterwäsche
Beinkleid und Jacke in feinstd.
Wollqualität oder porös 62⁵⁰
Pyjamas-Nachthemden,
Socken in allen Preislagen

Hosenträger Manschettenknöpfe, Socken



Eröffnung
am
Sonnabend,
den 5. März,
nachmittags
3 Uhr

UT Alte Promenade 11a
Fernruf 5738.
Morgen Sonnabend, den 5. März,
nachm. 3 1/2 Uhr und Sonntag, den
6. März, vorm. 11 und nachm. 3 Uhr.

Große Kinder- u. Familien-Vorstellung
Der spannende Märchenfilm aus dem Morgenlande
„Der kleine Muck“
(nach dem Märchen von Wilh. Hauff.)
Die „Vossische Ztg.“ schreibt: „Es war ein
reiner Gemuß, dieses reizende Märchen unverbildet und
im Sinne des Hauffschen Originals übertragen auf der
Leinwand zu sehen — nicht nur für die Kinder.
Eine schauspielerische Leistung ersten Ranges war das
Spiel des Negerknaben Allen als Muck.“
Dazu ein interessantes Beiprogramm.
Eintrittspreise für Erwachsene u. Kinder Mk. 1.- bis Mk. 4.-

Bei Einkäufen

bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich stets auf die
Inserate in der „Volksstimme“ zu beziehen.

Lederhandlung

Gegründ. 1861. Gebrüder Becker Teleph. 423.
Merseburg, Breitestr. 4.
Sohlleder- u. Oberleder-Ausschnitt.
Schuhmacher-Bedarfsartikel.
Schäfte, Gummiflecke.

Ein grosser Posten
besonders billiger
Baumwollwaren
in guten Qualitäten ist eingetroffen.

Unter anderen empfehlen:

Bettzeuge kariert	Meter 17.50	13 ⁷⁵
Bettzeuge geblümt	Meter 16.50	14 ⁵⁰
Bettlinetts federdicht, 80 cm breit	Meter 19.50	17 ⁵⁰
Schürzenwarp 90 cm breit	Meter	17 ⁷⁵
Velour-Barchente für Kleider und Blusen	Meter 12.75	9 ⁷⁵
Hemden-Barchente gestreift	Meter 12.50	9 ⁸⁵

Geschäftshaus
J. Lewin
Marktplatz 2 u. 3.

Beste Bezugsquelle
für Gitarren, Lauten,
Mandolinen, Zithern,
Mund- u. Ziehharmonikas
Gustav Uhlig,
Untere Leipziger Str.

Wettannahmestelle Halle
Gr. Steinstr. 71.
Annahme der Vorwetten für sämtliche Rennen
einschl. Trabren.
Erstes Rennen
Sonntag, den 6. März 1921
in Mariendorf (Trabren)
Wettannahme geöffnet:
Sonnabend den 5. März, von 9-11 u. 4-6 Uhr.
Sonntag von 8 Uhr vormittags ab

Wratzke u. Steiger Hoflieferanten,
Poststrasse 9/10
Inwelen — Gold — Silber

Raucht
Belmar Zigaretten!
Dick, rund, ohne Mundstück
20 Fig. pro Stück (ab 100 Stück billiger)
Zigarren-Import-Haus
Heinz Gronenberg,
Gr. Ulrichstrasse 27.

Billiger Herren-Hüte Verkauf

Serie I: Konfirmanden-Hüte 49-56-58-Mk.	Serie II: Filz- u. Haar-Hüte mit echtem Leder 48-50-55-Mk.	Serie III: Filz- u. Haar-Hüte 58-62-68-72-Mk.	Serie IV: Frühjahrs-Neuheiten 1a Qualitäten 75-78-85-88-Mk.	Serie V: Sort- und Arbeits-Mützen 8-16-24-36-Mk.	Umpress-Hüte wie bekannt in bester Ausführung.
--	--	--	---	---	---

10 Große Ulridstr. 10 Herold & Schröder 33 Große Steinstr. 33

Stroh- und Filzhut-Fabrik

Parier-Angelegenheiten.

Professorsche Kinderhilfe.

Die unterzeichneten Verbände werden hiermit zu einer außerordentlichen Sitzung über eine Wohlfahrtsaktion zu Sonntag, den 7. März, abends 7 Uhr, in Wilsdorfs Gesellschaftshaus eingeladen:

Dr. Jungsblond der S. P. D. - Wohlfahrtsausschuss - Ausschuss der Jungsozialisten - Vorstand der Arbeiterjugend - Vorstand des Freien Sängerkorps - Vorstand der Frauenorganisation.

Am 13. Dinstag, Montag, den 7. März, abends 8 Uhr Verammlung in der Altten-Strasse, Dessauer Straße. Stadterworbener Wille spricht über „Schulentwicklungsfragen“. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Berein Arbeiterjugend. Heute, Freitag abend 7 Uhr im Jugendheim, Weidenplan 20, Vortrag über „Kunst und Handwerk“. Um zahlreiches Erscheinen bittet der Vorstand.

Aus dem Stadttreis.

Märzsonnenstein.

Halle, 4. März 1921.

Wie doch ein bühnen Sonnenstein Die Welt so froh und freundlich macht! Die düstern Vorläuferzeiten Glänzen und lachen sich selber kaum. Die Knospen blühen an jedem Baum. Und alles lebt und alles lacht!

Wie doch ein bühnen Sonnenstein Der Gasse gibt ein hell Gesicht! Die Kinder drehen sich im Tanz: Arbeiterkinder, schön und stark! Und singen - singen ohne Unterlass! Und stehen umsonst vom Frühlingslicht ...

Wie wohl ein bühnen Sonne tut! Die müden Frauen lächeln so lind Und sind voll Hoffnung, sind frohgemut! Ist wirklich das Leben so schwer und so arm? Und eine Mutter, ihr Kind auf dem Arm, Reigt an der Haustür und träumt und lüftet Ludwig Reijen.

Sitzung des Haushaltsausschusses.

Wohlfahrtsausschuss der Steuererlagen. - Neubau von 84 Wohnungen durch die Stadt. - Gehalt der Brandischen Stiftungen neu zu prüfen.

Die Steuererlagen (Wohnungsteuer und Abänderung der Gewerbesteuerordnung) waren gestern Gegenstand einer zweiten Sitzung im Haushaltsausschuss. Die Wertungsdienstler hat inzwischen auch den Rechts- und Verwaltungsausschuss beschäftigt. Wegen die in der ersten Sitzung vorgelegten Vorschläge (neue Ermäßigungen der Sätze) hatte auch er seine Einwendungen. Nur war er geteilter Meinung darüber, ob der Wertungsdienst nur zum Grund und Boden erhoben, oder als das ganze Grundstück als als Wertungsdienst befreit angesehen werden sollte. Die steuerlichen Wirkungen sind in beiden Fällen verschieden. Der Haushaltsausschuss nahm den Standpunkt des Magistrats als den richtigen an und beschloß demgemäß. Die Vorlage wurde darauf mit geringen Ermäßigungen der Sätze angenommen.

Auch die Vorschläge der Gewerbesteuerordnung wurden mit einigen Abänderungen angenommen. Beschlossen wurde, daß in Klasse I 125 statt 150 Prozent geleistet werden soll, in Klasse II 75 statt 100 Prozent und in Klasse III 25 statt 50 Prozent. Mit diesen Vorschlägen wurden beide Steuerordnungen dem Plenum zur Genehmigung empfohlen. Ein Antrag der linken Seite, die Kontingentpflicht von der Gewerbesteuer auszunehmen, wurde mit 9 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Der Magistratsvertreter erklärte, daß für eine derartige Ausnahme die gesetzliche Möglichkeit nicht bestehe und die Steuerordnungen damit Gefahr laufe, der Nichtigkeit zu verfallen.

Für Reparaturen an den Klosett-Planzanlagen in einigen Schulen sollen 35000 M. ausgewendet werden. Die Mittel sind aus einer Bewilligung im Jahre 1915 noch vorhanden. Das damalige Projekt einer Neuanlage kommt wegen der inzwischen erheblich gestiegenen Kosten nicht mehr in Frage.

Der Abfallplan im Garten von Bad Wittekind ist demnach verstoßt, daß sich ein Umlegen der Klotze erforderlich macht. Grundsätzlich gereinigt kann der Kanal wegen der Enge des Schachtes nicht werden. Die Kosten in Höhe von 126000 Mark werden aus Kap. XXIV/14 bewilligt.

Ein Gehalt der Brandischen Stiftungen, um einen erheblichen Zuschuß zu ihren Schulstufen, wurde dem Magistrat als Material überwiesen. Die von den Stiftungen errechneten Zuschüsse für die dort unterrichteten ungefähr 2000 händlichen Kinder betragen über 1 000 000 Mark.

Der Magistrat beabsichtigt auf dem städtischen Gelände in der Freiheitsstraße 24 und auf dem ehemals Wendischen, kürzlich von der Stadt angekauften Grundstück in der Metzburger Straße, 60 Kleinwohnungen zu errichten. Die Kosten belaufen sich im ersten Falle auf 1 610 000 M. und im zweiten auf 3 350 000 M. Beide Bauvorhaben fanden die Zustimmung des Ausschusses, trotzdem von Magistratsseite aus als fraglich hingestellt wurde, ob die Reichsüberbauungspläne in der erwarteten Höhe eingehalten würden. Man war sich aber darüber klar, daß unbedingt für die Schaffung von Wohnungen gesorgt werden müsse. Die Mittel werden aus der Antiehe von 1920 entnommen.

Betriebsräte und freie Gewerkschaften.

Dazu wird uns geschrieben: Nachdem der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Halle infolge der Disziplinminderigkeiten des alten Kartellvorstandes einen kommissarischen Kartellvorstand ernannt hatte, lag es diesem auch ob, sich um die bisher von dem Gewerkschaftsrat vernaohlässigte und der W. R. D. allein überlassene Betriebsrätefrage zu kümmern. In erster Linie galt es Stellung zu nehmen zu den Vorschlägen der Betriebsräte, die in den meisten Betrieben in diesem Monat fällig sind. Der kommissarische Kartellvorstand berief zu diesem Zweck am Dienstag, den 1. März, eine Versammlung aller auf dem Boden der freigezwangsständigen Betriebsräteorganisationen stehenden Betriebsräte ein. Wie zu erwarten, war die Versammlung nur der Schwach besucht, denn da viele Jahre nur die W. R. D. die Betriebsräte organisiert und zusammenberufen hatte, sind diese noch zu sehr daran gewöhnt, nur deren Versammlungen zu besuchen, die Gewerkschaftsversammlungen aber zu ignorieren. Trotzdem, der Anfang war nicht schlecht, denn die Versammlung, an der Gewerkschaftler aller drei sozialistischen Parteien teilnahmen, ließ in der Aussprache erkennen, daß alle Teile gewillt sind, in Gewerkschafts- und Betriebsrätefragen sich nicht von Parteianhängungen, sondern nur von gewerkschaftlichen und sozialistischen Gesichtspunkten leiten zu lassen.

Nach der Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden Kollege Hesse, gab der Gewerkschaftssekretär Kollege Wielepp eine kurze Erläuterung der Wahlvorschriften, die bei den Betriebsrätemahlen zu beachten sind. Hesse teilte dann noch mit, daß bei dem Kollegen Wielepp in dessen Büro, Brandenstraße 10, Wahlmaterial zu beziehen sei. Daraufhin ließ auch das von dem Kartellvorstand herausgegebene „Mitteilungsblatt“ zu haben, das dem Zweck dienen soll, der einheitlichen, gegen die Gewerkschaften gerichtete Propaganda entgegenzutreten. Des weiteren nahm Kollege Hesse die W. R. D. unter die Lupe und feststellte deren beherrschende Behauptung, sie habe nicht die Absicht, die Gewerkschaften zu spalten. Er konnte an der Hand des ihm zur Verfügung stehenden Materials nachweisen, daß nicht weniger beabsichtigt ist, als eine besondere Gewerkschaftsbewegung, die unter dem Namen Kotes Kartell das Licht der Welt erblicken soll, zu gründen. Und dieser Plan ist ausgeführt worden von Leuten, die der W. R. D. sehr nahe stehen, darunter von dem in Halle wohlbestimmten Sekretär der W. R. D., Dör. (An dieser Stelle erübrigt sich ein näheres Eingehen auf diese Angelegenheit, da wir gestern bereits einen besonderen Artikel darüber veröffentlichten. D. Red.) Von einem der anwesenden kommunistischen Betriebsräte wurde zugegeben, daß die von Hesse erwähnte Konferenz, wo der Plan besprochen wurde, stattgefunden hat, daß jedoch dies eine sogenannte „wilde“ Konferenz gewesen sein, und der Redner will sich nicht damit einverstanden erklären. Sei dem nun, wie ihm wolle, der Umstand, daß prominentester Führer der W. R. D. solche Pläne ausbrütet und beraten vermag, genügt für das verabschiedete Treiben der an der Spitze der W. R. D. marschierenden Leute.

In der Disziplin wurde dann noch weiter, gegen die W. R. D. Stellung genommen, die sich zuletzt ganz in den Dienst der kommunistischen Partei gestellt habe. Von anderer Seite wurde es auch schon gesagt, daß in den Betrieben nach dem politischen Glaubensbekenntnis der Arbeiter und Angeestellten getraut werde und daß diejenigen, die nicht Kommunisten seien, diskriminiert würden. Wie aber solche Forderungen, die ihre Arbeitskameraden drangalieren, aussehen, wenn sie mit den

Unternehmern zu tun haben, dafür gab ein Redner ein drastisches Beispiel. Als in einem Betriebsrat ein „radikaler“ Held entlassen werden sollte, haulte er wie ein kleines Kind. Und die Leute wollen sich als Führer der Arbeiter in den Betrieben aufspielen! Auch die Frage, warum die Gewerkschaften bisher nicht mehr für die Schulung der Betriebsräte getan hätten, wurde von einigen Disziplinärern treffend damit beantwortet, daß sie alle Verantwortungen der Gewerkschaften von den durch die W. R. D. irreführenden Betriebsräten bisher abgelastet wurden.

Kollege Schlimme trittierte besonders den neugegründeten Kopf- und Handarbeiter-Verband und die Nachfrage, die nachweilich dadurch für eine Reihe von Arbeitern und Angeestellten entfallen sind. Dadurch könne es kommen wie in Braunschweig, wo durch die Zerplitterung der Arbeiter die traurigsten Lohn- und Arbeitsbedingungen herrschen.

Von einigen Vertretern der W. A. wurde besonders auf die Notwendigkeit hingewiesen, in den Betrieben auf einen festen Zusammenschluß der Hand- und Kopfarbeiter hinzuwirken. Dies könne aber nicht erreicht werden, wenn einzelne Handarbeiter die Angeestellten durch Zwang für Ideen zu gewinnen suchen; für die die meisten Angeestellten, die sich nur in der Gewerkschaftsbewegung finden lassen, nicht reif sind. Nur durch weite Teile der Arbeiter, die sozialistischen Gedanken zu gewinnen, mit totalen Maßnahmen könne man ihnen nur von dem Kopf und treibe sie ganz und gar in das reaktionäre Lager. Die beste Art, ein besseres Verhältnis mit den Angeestellten zu schaffen, sei es, wenn die Arbeiter bei den aufstrebenden Betriebsrätemahlen mit den Angeestellten gemeinsame Listen aufstellen.

Nach Schluß der sehr ausgedehnten Aussprache wurde dann ein Antrag angenommen, wodurch der kommissarische Kartellvorstand beauftragt wird, die auf dem Boden des A. D. G. B. stehenden Gewerkschaften Betriebsräte zusammenzufassen und die halleischen Arbeiter und Angeestellten ein Komitee zu ernennen, die Wahlen nach den Beschlüssen des Betriebsrätekollegiums vorzubereiten und durchzuführen. Die Wahlen sollen bis zum 1. April durchgeführt sein. Das Ergebnis soll dem kommissarischen Kartellvorstand, Organleiter 10, mitgeteilt werden.

Als Vertreter der W. A. wählte die Versammlung dann noch den Kollegen Gutmann in den Kartellvorstand.

In der nächsten Zeit wird der Kartellvorstand eine Versammlung aller auf dem Boden des A. D. G. B. stehenden Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte veranstalten, in der ein erfahrener Führer der Gewerkschaftsbewegung über die wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der Gewerkschaften sprechen wird.

Schamlosigkeit, Gehmaßlosigkeit und keilischer Schmutz.

Es muß herrlich zugegangen sein auf dem Apo-Bü-Ba. Einen kleinen Auschnitt aus dem Setzgelage brachten wir laut Bericht hiesiger Zeitungen schon gestern. Hier noch ein Urteil eines Zeitungslesers. In der „Sozial. Ztg.“ schreibt Martin Fuchs: „Was man in den mündlichen und wöchentlichen Schlemmen folgendes zur Erinnerung ins Stammbuch“. Mit der vorrückenden Zeit indes artete die Fröhlichkeit in Völlerei aus, und allmählich entrollten sich Bilder von so betrieblicher Schamlosigkeit, daß das Gend des Deutschen Reiches und seine Gehlosigkeit - Zerrennen, Verlogenheit, Verleumdung - nach und nach dahanden. Die Konstatierung von Schamlosigkeiten, gepaart mit Gehmaßlosigkeiten und keillichem Schmutz, hat mit Prückerie nichts zu tun. Das ist deutlich und zeigt auch denjenigen, der nicht den „Sensu“ dieses Festes hatte, in welchen Sumpf das Vergnügungseloge gewisser Kreise gelangt ist. ... Der Apo-Bü-Ba soll ein „Wohltätigkeitsfest“ gemeint sein. ... Man wird sich darüber streiten können, wenn die größte Wohlthat damit getan wurde. Die bedienenden Redner erzählten, daß sie eine solche Höhe der Ausschweifungen noch nicht erlebt hätten. ... Wer erinnert sich nicht daran, mit welchem Pathos rechtsprechende Blätter und besonders die „Halleische Zeitung“, das Organ der Arbeiter von der Unmoral des deutschen Volkes (siehe: arbeitende Bevölkerung) geschrieben hatten. „Schieberrepublik“, Faulheit der Arbeiter“ usw. sind beliebte Ausdrücke jener Presse. Für das gemeine Treiben gelblicher Leute auf jenem Apo-Bü-Ba angeführt der furchtbaren Lage Deutschlands, haben aber jene rechtswidrigen Blätter kein Wort der Kritik. Das Schimpforgan der Langschlägigen, wie auch die schwerindustrielle „Allg. Ztg.“, bringen im Gegenteil über das Fest Auslassungen, die selbst den Gipfel der Schamlosigkeit bedeuten. Und solche Zeitungen predigen dem deutschen Volke Lez.“

Wir ihnen unbedürftlichen Ergüssen über dieses „Wohltätigkeitsfest“ verbinden die „Sozial. Ztg.“ und „H. Allg. Ztg.“ zugleich eine Debe gegen die Arbeitslosen. Das Vorgehen ungemüßer Elemente,

Advertisement for Wiebachs Schuhwarenhaus. Text: 'Für das kommende Frühjahr ... empfehlen wir unser reichhaltiges Speziallager brauner Schuhwaren! ganz besonders zum nahenden Osterfest.' Image: A woman in a dress and hat looking at a high-heeled shoe. Address: 'Wiebachs Schuhwarenhaus, Kleine Ulrichstrasse 11-12.'

